

Beitrag Züri West/Aus dem Gemeinderat

Dezember 2019

Autor: Albert Leiser

Zeichen: ca. 3'260 (Lauftext/ohne Titel, inkl. Leerzeichen und Zwischentitel)

Wohnen für Ältere

Zwingende Altersstrategie beim gemeinnützigen Wohnungsbau

Albert Leiser, Gemeinderat FDP, Direktor Hauseigentümerverband Zürich

Der Ruf nach einem steten Ausbau des gemeinnützigen Wohnungsbaus ist gerade in den linksgrün dominierten Städten ungebrochen. An politischen Vorstössen mangelt es derweil nicht. So ist bereits ein Drittelsziel bis 2050 an subventionierten Wohnungen in der Zürcher Gemeindeordnung verankert. Die Realität zeigt nun aber, dass die gemeinnützigen Wohnungen scheinbar nicht konsequent nur denjenigen Bevölkerungsteilen zur Verfügung gestellt werden, die auf dem freien Markt einen schwierigen Zugang zu Wohnungen haben. Gerade Menschen ab 75 plus haben auf dem Wohnungsmarkt kaum eine Chance, eine Wohnung zu „ergattern“. Doch fehlt es an einer Alterslobby, welche den Anliegen älterer Menschen Gehör verschafft. Die städtische Altersstrategie hat hier Nachholbedarf.

Ambulant statt stationär

Heutige Rentnerinnen und Rentner sind oft bis ins hohe Alter rüstig und wollen ihre Unabhängigkeit behalten. Sie möchten möglichst lange zuhause und in ihrer vertrauten Umgebung bleiben. Nach 30 und mehr Jahren zur Miete wird jedoch zwangsläufig eine Liegenschaftssanierung und damit ein Umzug für die älteren Menschen fällig. Oftmals sind diese dann gezwungen, auf ein Angebot in einem Alterszentrum zurückzugreifen, weil sie keine neue Wohnung finden. Die hohen Belegungszahlen in den BESA-Stufen 0-2 bestätigen dies. Dabei könnten und möchten viele noch selbständig einen Haushalt führen und es gäbe genügend ambulante Unterstützungsangebote, die ein Leben zuhause bis ins hohe Alter ermöglichen. Zudem ist die Lebensqualität bis ins hohe Alter hoch und oft erst in den letzten Monaten ein Übertritt in ein Pflegezentrum nötig. Die hohen laufenden Kosten beim zu frühen Eintritt in ein Alterszentrum belasten nicht nur das ersparte Vermögen, sondern auch das Gesundheitswesen. Ein vermeidbares Verlustgeschäft.

Forderung nach adäquater Altersstrategie

Als Liberaler versucht man jegliche zusätzliche Regulierung zu vermeiden. Der Fall der städtischen Wohnungen hat leider gezeigt, dass teils Gutverdiener in subventionierten Wohnungen leben. Dabei soll der subventionierte, gemeinnützige Wohnungsbau wirtschaftlich oder sozial benachteiligten Personen zugutekommen. Klare Richtlinien und Kontrollen scheinen unumgänglich, um Missbrauch zu vermeiden.

Damit die Subventionen auch gezielt bei der Gruppe der älteren Menschen ankommen, so wie es der Grundsatzartikel in der Gemeindeordnung unter anderem verlangt, hatten meine Ratskollegin Elisabeth Schoch und ich eine Motion eingereicht, welche beabsichtigte, dass im vom Stimmbürger gewollten Drittelsanteil der subventionierten Wohnungen adäquate Wohnungen entsprechend dem Bevölkerungsanteil der über 70-Jährigen zur Verfügung gestellt und effektiv an ältere Wohnungssuchende vergeben werden. Bedauerlicherweise hat die links-grüne Ratsmehrheit den Vorstoss abgelehnt. Dies ist ein Affront gegen all die älteren Stimmbürgerinnen und Stimmbürger, welche in gutem Glauben das Drittelsziel an der Urne unterstützt haben. Es zeigt sich wieder einmal, dass Genossenschaftsvertreter wie Andreas Kiestein (AL) oder Mieterverbandsvertreter nur für ihre eigene Klientel sorgen. Als Direktor des Hauseigentümerverbands Zürich habe ich gemeinsam mit anderen Interessenvertretern nun die Absicht, eine Wohnungsbörse für Ältere zu etablieren.